

Die Lage
der westdeutschen Wirtschaft
und der Weltwirtschaft
um die Jahresmitte 1950

Beurteilung des Arbeitskreises „Konjunkturbeobachtung“
der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e. V., Bonn

Juli 1950

Dieser Bericht wurde anlässlich der Münchener Tagung des Arbeitskreises "Konjunkturbeobachtung" am 21. bis 24. Juli 1950 von folgenden wirtschaftswissenschaftlichen Instituten verfasst:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung) in Berlin

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
in Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität
Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) in
München

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung in Essen

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft und der
Weltwirtschaft um die Jahresmitte 1950

Die konjunkturelle Stagnation, die am Jahresende der Belebung vom Herbst 1949 gefolgt war, ist in den Frühjahrsmonaten durch eine neue Aufwärtsbewegung abgelöst worden. Diese hat einen erheblichen Anstieg der industriellen Produktion und eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich gebracht.

Die neue konjunkturelle Belebung wird in erster Linie von der Investitionstätigkeit und der Ausfuhr getragen. Entscheidend für die Ausweitung der Investitionstätigkeit war der Umschwung in der Kreditsituation, der sich in den letzten Monaten aus der stossweisen Defizitfinanzierung des Bundes und aus der verstärkten Freigabe von Mitteln aus den Gegenwertfonds ergab.

Wie aus der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, der Konsumgüterproduktion und der Preissituation im Verbrauchsgüterbereich hervorgeht, hat die konsumtive Nachfrage auf die verstärkte Finanzierung mit zusätzlichen Mitteln bis in die jüngste Zeit hinein kaum reagiert.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hat im zweiten Vierteljahr 1950 zum Teil unter jahreszeitlichem Einfluss um 538 000 zugenommen, das heisst um mehr als jemals in einem Vierteljahr seit der Währungsreform. Die Arbeitslosigkeit ist jedoch nur um 314 000 zurückgegangen. Der Gesamtbestand an beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmern hat sich demnach um 224 000 erweitert. Der Zustrom neuer Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, der im Winter vorübergehend nachgelassen hatte, war im vergangenen Vierteljahr vor allem durch die Schulentlassungen in der britischen Zone und den Zustrom bisher nicht erwerbstätiger Frauen bedingt.

Die Steigerung der industriellen Gütererzeugung beruht vornehmlich auf der Ausweitung der Investitionsgüterproduktion und der für die Ausfuhr bestimmten Produktion. Die Verbrauchsgütererzeugung dagegen stagniert seit November 1949. Der Gesamtindex der industriellen Produktion im Bundesgebiet ¹⁾erreichte im Juni einen Stand von 107 (1936=100) gegenüber 87 im Juni 1949.

Die Bautätigkeit, die in der diesjährigen Bausaison zunächst nur zögernd in Gang gekommen war, hat sich seit April stark belebt. Ihr Volumen dürfte im 2. Vierteljahr 1950 um ein Viertel bis ein Drittel grösser gewesen sein als im Vorjahr. Die Belebung wird zu zwei Dritteln vom Wohnungsbau getragen, der nun fast 40 vH des gesamten Bauvolumens ausmacht. Von den Geldinstituten sind bis Ende Mai 1950 Wohnungsbaukredite in Höhe von 1 070 Mill. DM für einzelne Vorhaben zugesagt worden. Damit hatten sie den für das ganze Baujahr in die Gesamtfinanzierungssumme von 2,5 Mrd. DM einkalkulierten Beitrag der Geldinstitute bereits um fast ein Viertel übertroffen.

1) Einschliesslich der Erzeugung von Strom und Gas, Genussmitteln, sowie einschliesslich der Bauproduktion.

Verwirklichen sich die guten Ernteaussichten, so wird die Agrarproduktion im Wirtschaftsjahr 1950/51 den günstigen Stand des jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahres noch übersteigen. Unter normalen Witterungsbedingungen wird die Getreideernte etwa so gross sein wie im Vorjahr. Die tierische Erzeugung befindet sich bei wachsenden Viehbeständen und Milcherträgen im Anstieg. Da der Rückgang der Agrarpreise zum Abschluss zu kommen scheint, kann mit einer Zunahme der Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft gerechnet werden.

Die Investitionstätigkeit dürfte ihrem Bruttovolumen nach (ohne Berücksichtigung der Lagerveränderungen) im ersten Halbjahr 1950 um 14 vH, dem nominellen Wert nach um etwa ein Zehntel umfangreicher gewesen sein als in der ersten Hälfte des Vorjahres. Nach einer Abschwächung in den ersten beiden Monaten des Jahres hat die Versorgung der westdeutschen Wirtschaft mit Investitionsgütern im April und in den nachfolgenden Monaten das Vorkriegsniveau des Jahres 1936 überschritten.

Voraussetzung für die Belebung der Investitionstätigkeit in den letzten Monaten war, dass neben die Finanzierung aus den laufenden Gewinnen (Selbstfinanzierung), die infolge des Preisrückganges wahrscheinlich geschrumpft ist, in wachsendem Umfang fremde Mittel getreten sind. Dabei handelt es sich freilich nicht um Mittel aus dem heimischen Kapitalmarkt, sondern um Mittel aus den Gegenwertfonds, die in verstärktem Masse eingeströmt sind. Während von April bis Dezember 1949 im ganzen nur etwa 400 Mill. DM aus Gegenwertfonds für Investitionszwecke der Wirtschaft zur Verfügung standen, ist in den ersten 6 Monaten 1950 ein Betrag von etwa 700 Mill. DM tatsächlich zur Investitionsfinanzierung verwendet worden (davon allein im I. Vierteljahr 1950 430 Mill. DM, wobei die Kredite zur Abdeckung von Vorfinanzierungen nicht eingerechnet sind). Auch für die nächsten Monate erscheint die Finanzierung der Investitionen gesichert, da inzwischen die zweite Tranche aus Gegenwertmitteln, wenn auch mit einer leichten Reduktion, freigegeben wurde.

Von der für das laufende Arbeitsbeschaffungsprogramm und das diesjährige Wohnungsbauprogramm insgesamt erwarteten Finanzierungssumme in Höhe von 5,4 Mrd. DM werden 1,8 Mrd. DM von der Bank deutscher Länder in Form von Vor- und Refinanzierungen bereitgestellt. Die angebotenen Refinanzierungsmöglichkeiten werden wegen der wachsenden Liquidität der Geschäftsbanken zum grossen Teil gar nicht in Anspruch genommen werden müssen. Das trifft vor allem für das Schwerpunktprogramm und das Wohnungsbauprogramm zu.

Der Rückgang der Preise hat sich, was seine Intensität und seinen Umfang betrifft, in den letzten Monaten zwar abgeschwächt, ist aber auch im Juni noch nicht zum Stillstand gekommen. Er hat sich am stärksten im Einzelhandel bemerkbar gemacht. Dazu hat auch die Verschärfung des Wettbewerbs geführt, zu der u.a. die Gründung neuer Geschäfte, die Einfuhr billigerer Erzeugnisse und illegale Warenbezüge beigetragen haben. Innerhalb der Industrie standen vor allem die Verbrauchsgüterbranchen unter erheblichem Preisdruck, wobei zu beachten ist, dass sich hier auf manchen Gebieten die Rohstoffkosten erhöht haben. Aus dieser Situation ergab sich ein verstärkter Zwang zur Rationalisierung.

Die Ausfuhr nahm bei steigendem Anteil der Fertigwaren von Monat zu Monat zu. Das Exportgeschäft belebte sich nicht nur im Handel mit Westeuropa, sondern erfreulicherweise auch mit dem Dollarraum und den übrigen Bereichen der Weltwirtschaft. Bei sinkenden Einfuhren verwandelte sich der Passivsaldo im Europageschäft, der im Winter als Folge der Liberalisierung entstanden war, wieder in einen Aktivsaldo. Auch im gesamten kommerziellen Aussenhandel ergab sich im Mai und Juni ein Ausfuhrüberschuss, sodass die Verschuldung gegenüber dem Ausland zurückging.

Die Exportbelebung hat mit der inzwischen erreichten Anpassung des deutschen Preisniveaus an das des Auslands zunehmend an konjunkturanregender Kraft gewonnen. Sie strahlt nach verschiedenen Seiten, gerade auch in den Bereich der Investitionstätigkeit, aus.

In welchem Umfang daneben noch konjunkturpolitische Belebungsmassnahmen möglich sind, hängt von der weiteren Entwicklung der Zahlungsbilanzsituation ab. Die deutsche Zahlungsbilanz ist in der laufenden Rechnung gegenüber der Zeit der starken Belastungen im Winter 1949/50 in den letzten Monaten zwar wieder erheblich entlastet worden. Die Devisenlage ist aber noch immer stärker angespannt als vor der durch die Liberalisierung ausgelösten Einfuhrwelle.

Der binnenwirtschaftlichen Expansion sind daher Grenzen gezogen. Je weiter sie fortschreitet, muss mit einer Erhöhung der Einfuhr gerechnet werden, die umso stärker ins Gewicht fällt, je mehr die Preise an den Weltmärkten steigen. Zudem ist die Möglichkeit einer neuen Einfuhrwelle im Zusammenhang mit der fortschreitenden Liberalisierung des europäischen Aussenhandels in Rechnung zu stellen.

Auch nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die europäische Zahlungsunion wird die Devisensituation beengt bleiben. Eine Anreicherung der Devisenreserve erscheint gleichwohl notwendig, um der Bundesrepublik eine Beweglichkeit in ihrem Aussenhandel zu sichern.

Die Auftriebskräfte in der Weltwirtschaft, die vor allem durch die Konjunktur-entwicklung in den Vereinigten Staaten bedingt sind, haben im Zeichen des Korea-Konflikts an Intensität gewonnen.

Nach dem Abklingen der Nachhol-Konjunktur der ersten Nachkriegsjahre drängten in den Vereinigten Staaten bisher starke Kräfte auf eine weitere Stabilisierung (technischer und betriebswirtschaftlicher Fortschritt, Agrarpreisstützung u.a.m.). Zu diesen Faktoren traten in zunehmendem Masse bewusst auf Vollbeschäftigung abzielende konjunkturpolitische Massnahmen und neuerdings die verstärkte Rüstung. Dabei hat die amerikanische Konjunktur jetzt alle Merkmale eines ausgesprochenen "boom" angenommen. Produktion und Lagerhaltung, Verbrauch und Investitionen nehmen in schnellem Tempo zu. Der noch vorhandene Expansionsspielraum hat sich infolgedessen stark verringert. Ohne einschneidende Wirtschaftsregulierung scheint die Abwicklung des umfangreichen Rüstungsprogramms kaum möglich.

Die Vereinigten Staaten sind die wichtigste Stütze der konjunkturellen Entwicklung, für die überseeischen Länder als Rohstoffkonsument, für die europäischen Industrieländer als Abnehmer von Fertigwaren und für beide als Lieferant sonst nirgends ausreichend erhältlicher Dollarrohstoffe sowie als Kapitalgeber. Zugleich bestimmen sie durch ihr Gewicht als Produzent und als Konsument die Preisentwicklung auf den meisten Weltwarenmärkten.

Die bisherige Politik einzelner Länder Europas, sich aus dem konjunkturellen Auf und Ab der Weltwirtschaft herauszuhalten, - dies war grossenteils nur auf der Basis einer Kapitaleinfuhr aus den Vereinigten Staaten möglich - erweist sich infolge der neuen Entwicklung in den USA und ihrer weltwirtschaftlichen Auswirkungen als nicht mehr so dringlich. Konnten diese Länder ihre Vollbeschäftigung bisher zum Teil nur bei mangelhafter innerer Stabilität und mehr oder weniger starkem Druck auf die Zahlungsbilanz aufrechterhalten, so kann nunmehr damit gerechnet werden, dass die weitere Expansion in

diesen Ländern mehr im Gleichtakt mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung erfolgt. Als symptomatisch kann hier der Wirtschaftsverlauf in Grossbritannien gelten, wo es nach der Pfund-Abwertung gelang, die Gold- und Dollarreserve auf den bisher höchsten Stand nach 1946 zu bringen. Ähnlich günstige Wirkungen deuten sich auch in anderen europäischen Ländern, vor allem in Schweden, an. Die übrigen skandinavischen Länder und die Niederlande, in denen bereits Vollbeschäftigung bestand, wurden erst in letzter Zeit von der neuen weltwirtschaftlichen Aufschwungsbewegung erfasst. In den Niederlanden hat sich ausserdem die Liberalisierung des europäischen Aussenhandels in besonderem Masse konjunkturbelebend ausgewirkt.

Zugleich zeigen Länder, die bisher in ihrer Konjunkturpolitik überwiegend weltwirtschaftlich orientiert waren (z.B. Frankreich, Italien), jetzt eine stärkere Bereitschaft zu expansiven Massnahmen, durch welche die mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung verbundene Expansion noch gefördert wird. Auf Grund dieser veränderten Konstellation ist in der westlichen Welt eine allgemeine Tendenz zur konjunkturellen Angleichung unverkennbar.

Aus der allgemeinen weltwirtschaftlichen Aufschwungsbewegung ergeben sich günstigere Aussichten für den deutschen Export.

Indessen geht mit dieser weltwirtschaftlichen Entwicklung eine in ihren Grenzen noch nicht absehbare, ständige Verteuerung der wichtigsten überseeischen Rohstoffe einher. Bewirtschaftungs- und Preisstop-Massnahmen zur Sicherung des amerikanischen Rüstungsprogramms stehen bevor, denen sich andere Länder je nach ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit den Vereinigten Staaten, möglicherweise werden anpassen müssen.

Die Hausse an den Weltrohstoffmärkten wird zwar auch das westdeutsche Kostengefüge beeinflussen; bei der starken Arbeitsintensität der westdeutschen Exportindustrie dürfte sie aber die Absatzmöglichkeiten Westdeutschlands nicht entscheidend beeinträchtigen.

Dauert der gegenwärtige weltpolitische Zustand an und treten keine neuen politischen Komplikationen ein, so ist zu erwarten, dass von der Ausfuhr in den nächsten Monaten starke Anregungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik ausgehen, die eine beträchtliche Steigerung der Erzeugung und eine wesentliche Erhöhung der Beschäftigung mit sich bringen. Die von der Verschuldung der öffentlichen Hand ausgehende Einkommensfinanzierung und die aus der wachsenden Investitionstätigkeit sowie der zunehmenden Exportproduktion anfallenden Einkommen werden nunmehr auch die Verbrauchswirtschaft beleben.

Zusätzliche allgemeine Konjunkturbelebungsprogramme werden unter diesen Umständen weniger dringlich. Für Teilgebiete, vor allem für den Wohnungsbau, und in Ländern, die wie Westberlin und Schleswig-Holstein von der Belebung bisher noch wenig oder gar nicht erfasst wurden, besteht jedoch die Notwendigkeit solcher Programme weiter. Die allgemeine Belebung könnte ihre Durchführung erleichtern. Trotzdem wird man die zu erwartende Entlastung des Arbeitsmarktes nicht überschätzen dürfen.